



Huber & Co. AG
8501 Frauenfeld
052/ 723 57 57
www.thurgauerzeitung.ch

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 44'000
Parution: 6x/semaine

N° de thème: 215.7
N° d'abonnement: 1078728
Page: 5
Surface: 57'488 mm²

Steuerreform auf langer Bank

Der Bundesrat will eine ökologische Steuerreform «vertieft überprüfen». Damit schiebt er die Pläne von Eveline Widmer-Schlumpf auf die lange Bank. Mittelfristig sollen Gaskraftwerke den wegfallenden Atomstrom ersetzen.



Bild: ky/Peter Klausner

Bundesrätinnen Widmer-Schlumpf, Leuthard: Bundesrat hat Reformpläne zur Kenntnis genommen, aber auf die lange Bank geschoben.

HANSPETER GUGGENBÜHL

BERN. Seit einem halben Jahr kündigt Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf an, sie plane eine ökologische Steuerreform. Schon im Mai 2011, als die Bundesratsmehrheit den Verzicht auf neue Atomkraftwerke beschlossen hatte, erwog Energieministerin Doris Leuthard eine Lenkungsabgabe, um das Energiesparen zu fördern. In seiner Klausursitzung hat nun der Bundesrat diese Pläne zwar zur Kenntnis genommen, aber offensichtlich auf die lange Bank geschoben.

«Vertieft überprüfen»

Statt einen Grundsatzentscheid zu fällen, beschloss der Bundesrat, die Ökosteuer vorerst «vertieft überprüfen» zu lassen. Dazu beauftragte er Widmer-Schlumpfs Finanzdepartement, gemeinsam mit dem Energiedepartement Uvek und dem Departement des Innern (EDI) bis Mitte 2012 «verschiedene Varianten einer ökologischen Steuerreform zu prüfen und dem Bundesrat Empfehlungen zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten».

Offen bleibt damit, ob der Bun-

desrat eine Energieabgabe oder eine Ökosteuer überhaupt wünscht, wie hoch eine allfällige Abgabe ausfallen soll und welche Energieträger darunter fallen. Ebenfalls unentschieden ist, was mit dem Ertrag aus einer allfälligen Abgabe geschehen soll.

Rückverteilung denkbar

Denkbar ist sowohl die Rückverteilung pro Kopf und Arbeitsplatz als auch die Kompensation bei andern Steuern. Laut Doris Leuthard gebe es im Bundesrat «keine Präferenzen» für die eine oder andere Lösung. Leuthard sel-



Huber & Co. AG
8501 Frauenfeld
052/ 723 57 57
www.thurgauerzeitung.ch

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 44'000
Parution: 6x/semaine

N° de thème: 215.7
N° d'abonnement: 1078728
Page: 5
Surface: 57'488 mm²

ber bekannte gestern: «Ich bin immer noch skeptisch gegenüber Lenkungsabgaben.» Die Einführung einer solchen Abgabe sei ab 2020 denkbar, falls Förderabgaben bis dann nicht brächten, was sie versprechen.

Die Pläne für Öko-Steuern sind verknüpft mit der neuen Energiestrategie, die der Bundesrat mit seinem Beschluss zum AKW-Neubauverbot im Mai einleitete. Dabei geht es darum, die Energieversorgung in der Schweiz mittel- und langfristig zu sichern, wenn ab 2020 die alten AKW abgeschaltet werden.

Der dazu notwendige Umbau soll mit «Massnahmen in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien, fossile Kraftwerke, Netze und Forschung» sichergestellt werden. Mit diesen Worten «konkretisierte» (eher: wiederholte) der Bundesrat, was er schon im Mai angekündigt hatte.

Potenzial an Erneuerbaren

Fossile WKK-Anlagen und Gaskombikraftwerke seien zur Überbrückung der Atomstromlücke notwendig, bekräftigte Doris Leuthard und ergänzte: «Je mehr Strom aus erneuerbaren Energien wir produzieren, desto weniger Gaskraftwerke wird es brauchen.»

Laut provisorischen Berechnungen des Bundesamtes für Energie (BFE) lässt sich die Stromproduktion aus neuer erneuerbarer Energie (Biomasse, Solar-, Wind- und Wasserkraft) bis 2035 um 13 Milliarden Kilowattstunden

(kWh) erhöhen. Das entspricht etwa der Hälfte der heutigen Produktion von Atomstrom. Im gleichen Zeitraum könnten Massnahmen zur Steigerung der Stromeffizienz den – trendmässig wachsenden – Stromverbrauch auf dem heutigen Niveau stabilisieren.

Die Umweltverbände rechnen mit einem höheren, die Stromunternehmen mit einem tieferen Spar- und Substitutionspotenzial als das BFE.

Einspeisevergütung anpassen

Um die Verstromung von erneuerbarer Energie besser fördern zu können, plant Doris Leuthard eine Anpassung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV). Demnach soll die KEV vorrangig grosse Anlagen quersubventionieren.

Kleine Photovoltaikanlagen auf Hausdächern will Leuthard künftig nicht mehr mit der KEV, sondern durch Investitionsbeiträge fördern.

Lob und Kritik

Parteien und Verbände reagieren kontrovers auf die bundesrätlichen Vorschläge zur Strategie für den Atomausstieg. Die Grünen sehen ihr «Kernanliegen» durch den Bundesrat aufgenommen; formuliert hätten sie es bereits vor 15 Jahren. Auch der Verband **Swisscleantech**

will den Bundesrat bei seinen Bemühungen zu einer ökologischen Steuerreform unterstützen; er verlangt aber, dass die Lenkungsabgabe eine Option bleibt.

Die SVP hingegen kritisiert, der Bundesrat habe seit dem Grundsatzentscheid zum Atomausstieg noch immer keine klare, durch plausible Zahlen und konkrete Projekte belegte Strategie. Bis 2020 setze er mit angekündigten Fördermassnahmen auf das Prinzip Hoffnung, danach drohe er mit neuen Steuern und Abgaben. Ökosteuern, welche die Wirtschaft und die Bevölkerung belasteten, lehne die SVP entschieden ab.

Der Gewerbeverband geisselt die Energiepolitik des Bundesrats als nebulös und kontraproduktiv.

Nicht rundweg ablehnend reagiert die FDP, äussert sich aber skeptisch, ob eine ökologische Steuerreform ein geeignetes Instrument für die angestrebte Energiewende darstelle. Zwingend ist für die Partei, dass die Reform staatsquotenneutral ausgestaltet wird. Als besonders störend bezeichnet sie, dass keine eigentliche Strategie bei den Massnahmen im Steuerbereich zu erkennen sei. Es sei ein «buntes Sammelsurium an Vorschlägen». (dla)